

Antragsbuch (Stand 11. März 2024)

Ordentlicher Landesparteitag

Stadtwerke Frankfurt am Main

Mainova Casino

Kurt-Schumacher Str. 10

60311 Frankfurt am Main

09. März 2024 | 09:30 Uhr

Anträge

Inhaltsverzeichnis

B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B1	Reform des Jura-Studiums in Hessen BZ Hessen-Nord <i>angenommen</i>	7
B2	Grundschulbetreuung im Landkreis Limburg-Weilburg UB Limburg-Weilburg <i>angenommen</i>	9
B3	„MEHR WUMMS“ BEI DER VERKNÜPFUNG VON FORSCHUNG UND PRAKTISCHER ANWENDUNG IN HESSEN AGS Hessen-Süd <i>angenommen</i>	11
B4	Vielfalt stärken: Mehr Kooperation im Religionsunterricht Jusos Hessen <i>angenommen</i>	12

C - Arbeit, Wirtschaft und Energie

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
C1	Stromhammer von CDU und CSU verhindern! UB Hersfeld-Rotenburg <i>angenommen</i>	13
C2	Pfandpflicht für Elektronikartikel BZ Hessen-Nord <i>angenommen</i>	14
C2-Ä01	Änderungsantrag zu C2 Kristina Luxen <i>angenommen</i>	15
C3	Einschränkung von Werbung für alkoholische Getränke BZ Hessen-Nord <i>angenommen</i>	16
C4	Verkaufsverbot an Sonn- und Feiertagen in Selbstbedienungsläden abschaffen. uB Main-Kinzig <i>angenommen</i>	17
C4-Ä01	Änderungsantrag zu C4 Landesvorstand SPD Hessen <i>angenommen</i>	18
C5	Mindesthonorare für Künstler und andere Freischaffende AGS Hessen-Süd <i>angenommen</i>	19

D - Mobilität, Infrastruktur, Wohnen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
D1	Überholverbot für Lastkraftwagen auf Autobahnen mit nur zwei Richtungsspuren BZ Hessen-Nord <i>angenommen</i>	20
D2	Schaffung verschiedener Sozialtickets in Hessen zur Ergänzung des Deutschlandtickets UB Limburg-Weilburg <i>angenommen</i>	21
D3	Bundesweites Deutschlandticket für alle Auszubildenden AGS Hessen-Süd <i>angenommen</i>	22
D4	Umsatzsteuer im grenzüberschreitenden Zugreiseverkehr wird abgeschafft Jusos BZHessen-Süd <i>angenommen</i>	23
D5	Resultierend aus I2: Endlich Tempo 30 auf Durchgangsstraßen: Kommunale Selbstverwaltung auch im Bereich der Mobilität UB Kassel-Stadt <i>angenommen</i>	24

E - Familie, Gleichstellung und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
E1	Die Finanzierung von Frauenhäusern endlich zur Pflichtaufgabe machen! UB Limburg-Weilburg <i>angenommen</i>	25
E2	Bessere Versorgung von weiblicher Genitalverstümmlung betroffener Frauen ASG Hessen-Süd <i>angenommen</i>	26
E3	Portal „Kind in Hessen“ für niedrigschwellige digitale Informationen für hessische Eltern ASG Hessen-Süd <i>angenommen</i>	28
E4	Hessisches Paritätsgesetz jetzt! SPDFrauen Hessen-Süd <i>angenommen</i>	30
E5	Gleichstellung darf nicht verboten werden! SPDqueer Hessen-Süd <i>angenommen</i>	31
E6	Förderung der Gewaltprävention durch aktives Handeln BZ Hessen-Nord <i>angenommen</i>	32

F - Innenpolitik, Recht, Digitales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F1	Hessische Gefängnisse reformieren: Alltag in Gefängnissen umgestalten, auf Prävention und Resozialisierung setzen BZ Hessen-Nord <i>angenommen</i>	34
F2	Eigenproduktionen sollen erhalten bleiben UB Main-Taunus <i>angenommen</i>	36

INI - Initiativanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
INI01	Antrag zur Änderung der Satzung der hessischen SPD mit Stand vom 8.11.2014, hier: Änderung §6, Absatz (b): Erweiterung auf 4 stellvertretende Vorsitzende Landesvorstand SPD Hessen <i>angenommen</i>	37
INI02	Initiativantrag zur Europawahl 2024 Landesvorstand SPD Hessen <i>angenommen</i>	38
INI03	Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus auf den Prüfstand - Trassenführung von NordWestLink (DC41) und SüdWestLink (DC42) durch Hessen abenteuerlich SPD-Unterbezirksvorstand Hersfeld-Rotenburg <i>angenommen</i>	39
INI04	Genehmigungsverfahren zur HGÜ-Trasse SüdWestLink (DC 42) und NordWestLink (DC 41) durch Hessen muss verändert werden! SPD-Unterbezirksvorstand Hersfeld-Rotenburg <i>angenommen</i>	41
INI05	Resolution für den Landesparteitag: Vielfalt und Zusammenhalt in Hessen – Brandmauer gegen Rechts für Demokratie Landesvorstand SPD Hessen <i>angenommen</i>	42
INI06	Mit Haltung und Gestaltungswillen regieren - Für mehr Respekt und Gerechtigkeit in Hessen Landesvorstand SPD Hessen <i>angenommen</i>	44

Antrag B1: Reform des Jura-Studiums in Hessen

Antragsteller*in:	BZ Hessen-Nord
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme und Weiterleitung SPD-Landtagsfraktion
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 Zur Verbesserung der Qualität des Jura-Studiums in Hessen und insb. des ersten
2 Staatsexamens wird Folgendes beschlossen:
- 3 • In das Studium der Rechtswissenschaften an hessischen Universitäten wird der
4 Abschluss eines „Bachelor of Laws“ integriert. Dieser ersetzt nicht das
5 Staatsexamen bzw. die Pflichtfachprüfung. Er eröffnet Studierenden lediglich
6 eine zusätzliche Option, sich im Verlauf ihres Werdegangs neu zu orientieren,
7 ohne das Studium abbrechen zu müssen.
 - 8
 - 9 • In der staatlichen Pflichtfachprüfung wird die Möglichkeit des sogenannten
10 Abschichtens von Klausuren geschaffen, d.h. es müssen nicht alle sechs Klausuren
11 in einem eineinhalbwöchigen Durchlauf geschrieben werden, sondern dies kann
12 bspw. über den Verlauf von zwei oder drei Semestern geschehen. Die Möglichkeit,
13 dennoch alle Klausuren in einem Durchgang zu schreiben (wie bisher), ist
14 beizubehalten.
 - 15
 - 16 • Sowohl für das erste als auch das zweite Staatsexamen wird das E-Examen
17 verbindlich und unverzüglich eingeführt.
 - 18
 - 19
 - 20 • Die Bildung der Gesamtnote im ersten Staatsexamen (Pflichtfachprüfung und
21 universitärer Schwerpunkt) ist dahingehend zu verändern, dass nicht nur der
22 Ausgang der sechs schriftlichen Arbeiten darüber entscheidet, ob eine Zulassung
23 bzw. Wertung der weiteren Prüfungen und Notenbestandteile (i.e. mündliche
24 Prüfung und Schwerpunktnote) überhaupt erfolgt. Eine Kommission zur Erarbeitung
entsprechender Lösungsvorschläge mit Vertreter*innen des Landes und der
Universitäten ist dafür einzusetzen.
 - Die Praxis der Bekanntgabe der Nicht-Zulassungen zur mündlichen Prüfung über
eine Liste auf der Internetseite des Justizprüfungsamtes wird abgeschafft.

Begründung

Die Juristenausbildung in Hessen und Deutschland bedarf einer grundlegenden Reform. Laut zweier aktueller, breit angelegter Umfragen des Bundesverbands rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V. aus den Jahren 2020 und 2022 würden ca. 70% der Befragten das Jura-Studium wegen des psychischen Drucks „eher nicht“ oder sogar „auf gar keinen Fall“ weiterempfehlen. Vor allem die Angst, letztendlich das Examen nicht zu schaffen und nach dem Studium „mit nichts“ dazustehen übt eine große Belastung auf die Studierenden aus. Und diese Sorge ist leider durchaus berechtigt: Je nach Universität scheitern in Hessen kontinuierlich 20-30% der Kandidat*innen mindestens am ersten Versuch des ersten Staatsexamens. Viele von ihnen treten zu einem Folgeversuch gar nicht erst an oder verbessern sich nur unwesentlich, was sich ebenfalls statistisch belegen lässt.

Zur psychischen Belastung trägt zudem bei, dass zur Erlangung des ersten Staatsexamens zunächst sechs fünfstündige Klausuren in einem Zeitraum von nur ca. eineinhalb Wochen handschriftlich geschrieben werden müssen. Wer nach zumeist mindestens fünfjährigem Studium diese Klausuren nicht besteht, wird zur mündlichen Prüfung gar nicht erst zugelassen und auch die Note aus dem universitären Schwerpunkt kommt nicht zum Tragen. Der Fokus wird somit zunächst ausschließlich auf ein einziges Prüfungsformat gelegt – wer es durch dieses Nadelöhr nicht schafft, hat keinerlei Gelegenheit, die Examensnote durch Leistungen wie z.B. mündliche Prüfungen oder Seminararbeiten zu beeinflussen.

Im Gesamtdurchschnitt liegen die erreichten Noten aller Kandidat*innen zum ersten Staatsexamen zudem seit Jahren nur im Bereich „ausreichend“, was für alle Rechtsgebiete gilt (Öffentliches Recht, Strafrecht, Zivilrecht): Während es theoretisch möglich ist, bis zu 18 Punkte zu erreichen, kamen die hessischen Kandidat*innen im Jahr 2021 im Schnitt auf gerade einmal 5,35 Punkte. Vor dem und im Examen sind die Studierenden somit einer Bewertungsskala ausgesetzt, die von den tatsächlichen Leistungen mittlerweile fast vollständig entkoppelt ist – weil sie im unteren Bereich äußerst wenig Raum zu nachvollziehbarer Differenzierung bietet und am oberen Ende nahezu Unerreichbares verlangt: 2021 gelang es landesweit nur gut 3% der Prüflinge, die Note „gut“ zu erhalten. Die Note „sehr gut“ wurde in diesem Jahr im hessischen ersten Staatsexamen nicht ein einziges Mal vergeben.

Gleichzeitig sinken sowohl die Anzahl der Studienanfänger*innen als auch die der Absolvent*innen in den Rechtswissenschaften immer weiter. Gerichte, Staatsanwaltschaften, aber auch Kanzleien und die Verwaltung suchen händeringend nach Nachwuchs. Die einzige, eher halbherzige Antwort scheint oft zu sein, die Notengrenzen für eine mögliche Einstellung sukzessive herabzusetzen, ohne dabei aber zu hinterfragen, wieso Wirklichkeit der Juristenausbildung und Ansprüche potentieller Arbeitgeber immer weiter auseinanderklaffen.

Teilweise wurde der große Reformstau auch seitens der aktuellen Landesregierung anerkannt, ihre Vorschläge zur Verbesserung der Situation greifen aber deutlich zu kurz. Während es zu begrüßen ist, dass über die längst überfällige Einführung eines Abschlusses des „Bachelor of Laws“ zumindest diskutiert wird, stehen hier konkrete Umsetzungsschritte weiter aus, obwohl in anderen Bundesländern bereits verschiedene, bewährte Varianten dieses Abschlusses existieren. Auch ein sogenanntes E-Examen, also zumindest die Möglichkeit, die Klausuren am Computer (und nicht mehr von Hand) schreiben zu können, steht nach wie vor für erstes und zweites Staatsexamen aus, trotz vager Ankündigungen.

Auch hat sich die Landesregierung bisher kategorisch verweigert, eine Möglichkeit zum sogenannten Abschichten von Examensklausuren zu geben. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ist dieses Vorgehen bereits geübte Praxis. Das Abschichten zumindest optional zu ermöglichen, bringt gleich mehrere Vorteile mit sich: Zum Beispiel bei Krankheit, Nervosität oder weiteren, nicht vorhersehbaren persönlichen/familiären Problemen eine*r Kandidat*in wirkt sich der Nachteil nicht gleich auf das ganze Examen aus, sondern ggf. lediglich auf einzelne Klausuren. Auch würde ein Abschichten dazu führen, dass die Ergebnisse bereits nach und nach eintreffen und somit die Planungssicherheit für die Studierenden deutlich gesteigert wird. Im Moment ist der Regelfall, dass Studierende bei Erhalt der Ergebnisse – nach oft monatelangem Warten – in kürzester Zeit weitreichende Entscheidungen über ihre Lebensumstände treffen müssen (im Besonderen mit Blick darauf, ob ein Wiederholungs-/Verbesserungsversuch nötig werden wird und wie man entsprechend die Finanzierung der Zeit bis dahin sicherstellt, wobei es sich oft mindestens um ein halbes Jahr handelt).

Antrag B2: Grundschulbetreuung im Landkreis Limburg-Weilburg

Antragsteller*in:	UB Limburg-Weilburg
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 Die SPD Hessen wird sich mit Nachdruck für die Ausweitung der Grundschulbetreuung in
2 unserem Landkreis einsetzen, um Familien verlässlich zu entlasten und unseren Kindern
3 ein pädagogisch wertvolles, abwechslungsreiches und umfangreiches Angebot zu
4 unterbreiten. In diesem Kontext soll sich der UB Vorstand gemeinsam mit der SPD-
5 Kreistagsfraktion beim Landkreis aber auch bei den kreisangehörigen Kommunen dafür
6 einsetzen, dass passende Maßnahmen auch in finanziell schwieriger werdenden Zeiten
7 ergriffen werden. Die SPD Hessen betont, dass Bund und Land zwingend eine
8 umfangreiche finanzielle Unterstützung und inhaltliche Förderung hierfür
9 bereitstellen müssen. Außerdem ist beim Land Hessen einzufordern, dass die
10 Grundschulbetreuung in die Arbeit der Schulen fällt also Landessache werden muss, wo
11 Standards bezüglich Gruppengrößen, Personal, Räumlichkeiten und Verpflegung
12 festgelegt werden müssen. Die SPD Limburg-Weilburg betont, dass als Grundlage für die
13 gesamte Betreuung die Standards des Profils 2 der ganztägig arbeitenden Schulen auch
14 für die Ferienzeiten zu Grunde gelegt werden soll.
- 15 Gleichzeitig wird der UB Vorstand beauftragt zu dieser Thematik eine
16 parteiöffentliche Fachveranstaltung durchzuführen, an dem unterschiedliche Aspekte
17 der Thematik weiter vertieft werden können.

Begründung

Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit sind aus guten Gründen wichtige Grundüberzeugungen sozialdemokratischer Bildungspolitik auf allen staatlichen Ebenen. In unserer Region, einer klassischen Pendlerregion, kommt dem Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine besonders starke Rolle hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises zu.

Nicht nur weil ab August 2026 aufbauend ab dem 1. Schuljahr ein Rechtsanspruch auf 8 Stunden Betreuung an allen Werktagen und maximal 4 Wochen Schließzeiten in den Ferien bestehen wird, sondern weil es für eine verlässliche Planungssicherheit der Eltern sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geboten ist, muss Politik entschieden handeln.

Für die SPD im Landkreis sind folgende Zielvorgaben für die Realisierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen leitend:

- Die Betreuungszeiten sind, wie im Gesetz für die Grundschulbetreuung dargelegt umzusetzen.
- Es muss ausreichend Personal qualifiziert werden.
- Bei der baulichen und räumlichen Ausstattung wird das Ganztagsprofil 2 zu Grunde gelegt.
- Für die langfristige Sicherstellung der Mittagessensversorgung sollen 3 bis 4 Küchen verteilt über den Landkreis errichtet bzw. mit genutzt werden, so dass in den jeweiligen Schulen das Essen ausgegeben werden kann.

- Die derzeitigen und zukünftigen Träger der Betreuung werden gleichermaßen und gerecht unterstützt. Grundlage der Unterstützung muss die Anzahl der Kinder einer Einrichtung sein.
- Eine kostenfreie Betreuung ist sicherzustellen, damit Bildungsgerechtigkeit für Alle gewährleistet werden kann.
- Die Mittagessensversorgung ist ebenso aus Gründen der Chancengleichheit und Gerechtigkeit kostenfrei bereitzustellen.

Alle diese Ziele sind nur umsetzbar, wenn Bund und Land den Landkreis im erheblichen Maße finanziell unterstützen. Politische Vorgaben überörtlicher Ebenen dürfen nicht alleine bei den untersten staatlichen Ebenen abgeladen werden. Die kommunale Ebene darf nicht alleine gelassen werden, denn sonst scheitern die Ansprüche an qualitativ hochwertiger und gerechter Bildung für Alle. So lange diese finanziellen Unterstützungen fehlen, müssen als erster Schritt zunächst die Schulen aufbauend auf einen vergleichbaren Stand bezüglich Betreuungszeiten, Personal und Mittagessensversorgung gebracht werden. Das heißt bezüglich Räumlichkeiten, dass bereits vorhandene Räume ggfs. mehrfach genutzt werden, wobei hier, wo notwendig, das Mobiliar angepasst werden muss. Die SPD Limburg-Weilburg wird sich mit Nachdruck für diese Verbesserungen einsetzen.

Antrag B3: „MEHR WUMMS“ BEI DER VERKNÜPFUNG VON FORSCHUNG UND PRAKTISCHER ANWENDUNG IN HESSEN

Antragsteller*in:	AGS Hessen-Süd
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme und Weiterleitung SPD-Landtagsfraktion
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 An allen Hochschulen des Landes sollen speziell für Forschende und
- 2 Wissenschaftler*innen räumliche, technische und Beratungsmöglichkeiten geschaffen
- 3 werden, die einen rascheren Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis
- 4 ermöglichen.
- 5 Um Gründungsrisiken und verbreiteten Kapitalmangel abzumildern, soll künftig an jeder
- 6 Hochschule ein ihrer Größe angemessener Fonds geschaffen werden, der diese und andere
- 7 Probleme aufgreift und damit die Start-up Kultur fördert. Dazu bedarf es einer
- 8 kräftigen Anfangsfinanzierung und zum späteren Aufwuchs einer laufenden Umlage.
- 9 Gefördert werden sollen u.a. sog. Co-Working-Spaces mit Büroausstattung, Werkstätten,
- 10 Labore, Verwaltungspersonal, Rechtsberatung zur Unternehmensgründung mit begrenzter
- 11 Haftung, Vermittlung von Finanzierungsmöglichkeiten und Investoren, u.v.a.m.

Begründung

Es gibt großartige Forschung in Hessen, doch ein viel zu geringer Anteil der Ergebnisse schafft es in die Anwendung in Wirtschaft und Gesellschaft. Hier bleibt enormes Potenzial ungenutzt in den Schubladen der Forschungseinrichtungen liegen.

In vielen Fällen hat das damit zu tun, dass Wissenschaftler*innen keine (Start-up) Unternehmen gründen. Es mangelt in Deutschland allgemein an Gründungskultur. Das individuelle Gründungsrisiko wird oft gescheut, Eigenkapital ist oft nicht oder nur unzureichend vorhanden, gerade anfangs sind Kapitalgeber zurückhaltend.

Erfolgreiche Start-up Zentren wie der HUB 31 an der TU Darmstadt zeigen, dass viele Firmen bereits nach wenigen Jahren gute Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen.

Antrag B4: Vielfalt stärken: Mehr Kooperation im Religionsunterricht

Antragsteller*in:	Jusos Hessen
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion und an das Neue Haus der Bildung
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 Wir setzen uns für mehr Kooperation im schulischen Religionsunterricht ein. Unter
- 2 Wahrung des grundgesetzlich garantierten Anspruchs auf konfessionellen
- 3 Religionsunterricht wollen wir in Hessen hin zu einem Modell kooperativen
- 4 Unterrichts.
- 5 Dabei sollen Erfahrungen aus anderen Bundesländern, wie z.B. des „Religionsunterricht
- 6 für Alle“ (RufA 2.0) aus Hamburg und des christlichen Religionsunterrichts in
- 7 Niedersachsen in die Erarbeitung eines hessischen Modells mit einbezogen werden.
- 8 Wichtig für einen solchen Unterricht sind sowohl Grundkompetenzen im Umgang mit und
- 9 Grundwissen über verschiedene Religionsgemeinschaften als auch religions-kritische
- 10 Perspektiven, Begegnungen und Austausch zwischen Religionen sowie für religiöse
- 11 Schüler*innen die Möglichkeit zur Erfahrung der eigenen Religion.
- 12 Wir fordern die SPD Hessen und die SPD-Landtagsfraktion dazu auf sich intensiv mit
- 13 dem Thema auseinanderzusetzen, z.B. durch Veranstaltungen und gemeinsam mit anderen
- 14 Parteien nach Entwicklungsmöglichkeiten zu suchen.

Begründung

Unsere vielfältige Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten auch im Hinblick auf die religiöse Zugehörigkeit verändert. Während einerseits immer weniger Menschen den großen christlichen Kirchen angehören, wachsen kleinere Religionsgemeinschaften teilweise kontinuierlich. Die Vielfalt der Religionsgemeinschaften prägt auch unser Bundesland Hessen. Insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, aber nicht nur dort, setzen sich Schulklassen im Hinblick auf die Religionszugehörigkeit ganz anders zusammen als noch vor einigen Jahrzehnten. So ergeben sich auch neue Herausforderungen und Chancen für den Religionsunterricht, der nach Art. 7 Absatz 3 GG als ordentliches Lehrfach für Schulen in Deutschland garantiert ist. Andere Bundesländer haben in der jüngeren Vergangenheit bereits erste Schritte oder sogar größere Veränderungen umgesetzt, um dieser Situation gerecht zu werden. Diese lassen sich jedoch nicht automatisch auf Hessen übertragen. Es braucht einen geordneten Prozess unter Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlicher und religiöser Akteur*innen, um eine hohe Akzeptanz für eine neue Form des Religionsunterrichtes zu schaffen.

Antrag C1: Stromhammer von CDU und CSU verhindern!

Antragsteller*in:	UB Hersfeld-Rotenburg
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion
Sachgebiet:	C - Arbeit, Wirtschaft und Energie

- 1 Stromhammer von CDU und CSU verhindern!
- 2 Forderung der Unionsbundestagsfraktion nach Halbierung der Netzentgelte wirtschafts-
- 3 und sozialfeindlich
- 4 Der SPD-Landesparteitag Hessen lehnt den von der CDU- und CSU-Fraktion in der
- 5 Klausurtagung vor gut drei Monaten in Schmallenberg beschlossenen „Stromhammer“ ab.
- 6 Der SPD-Landesparteitag Hessen lehnt damit die Forderung der Unionsfraktion, die
- 7 Netzentgelte für den Unterhalt und den Ausbau der Stromnetze zu halbieren, ab.
- 8 Der SPD-Landesparteitag Hessen lehnt damit verbunden die aus den zwangsläufigen
- 9 Insolvenzen der Netzunternehmen folgende Zerschlagung kommunaler oder kommunal
- 10 getragener Unternehmen ab.
- 11 Der SPD-Landesparteitag Hessen lehnt damit die vom Unionsfraktionsvorsitzenden
- 12 Friedrich Merz (ehemaliger „BlackRock-Manager“) vorgedachte Privatisierung der
- 13 Netzunternehmen ab.
- 14 Der SPD-Landesparteitag Hessen lehnt die geplante Unrentabilität von Netzinvestitionen
- 15 ab, die einem dringend notwendigen Ausbau entgegenstände.
- 16 Der SPD-Landesparteitag Hessen hält an dem System der Festlegung der
- 17 Netzentgelterlöse durch die Bundesnetzagentur fest.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag C2: Pfandpflicht für Elektronikartikel

Antragsteller*in:	BZ Hessen-Nord
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme mit Änderung:
Sachgebiet:	C - Arbeit, Wirtschaft und Energie
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 4 (Änderungsantrag C2-Ä01) - angenommen Zeile 5 - 6 (Änderungsantrag C2-Ä01) - angenommen

- 1 Um Recyclinganteile bei Elektronikartikeln zu erhöhen, sowie um Verbraucher*innen
- 2 einen Anreiz zum korrekten Recyceln von Verbrauchsgegenständen zu geben, fordern
- 3 wir:
- 4 • Die Einführung einer Pfandgebühr für ~~Elektro-Kleinartikel und~~ Batterien.
- 5 • ~~Dabei sollte der Pfandbetrag bei Einwegartikeln besonders hoch angelegt sein,~~
- 6 ~~genauso wie bei allen Elektronikartikeln mit kurzer Lebensdauer.~~

Begründung

Viele Elektronikartikel werden falsch entsorgt, zum Beispiel in dem sie in den Restmüll oder die Gelbe Tonne geschmissen werden. Verbraucher*innen wissen oftmals nicht, wo die Artikel richtig entsorgt werden müssen, oder wollen den Weg zur richtigen Abgabestation schlichtweg nicht machen. Durch die Einführung einer Elektronik-Pfandpflicht würde, analog zur Pfandpflicht bei Dosen und Flaschen, der Anteil falsch entsorgter Gegenstände deutlich sinken. Ein Pfand Barcode könnte dabei auf E-Zigaretten, aber auch Kopfhörer oder sogar Bankkarten, die ebenfalls nicht im Restmüll entsorgt werden dürfen, gedruckt werden. Verkäufer oder Vertreiber solcher Produkte müssten die Pfandartikel selbstverständlich zurücknehmen.

Wichtig ist allerdings, dass der Pfandbetrag relativ hoch liegt, bspw. bei 5€, um den Verbraucher ausreichend Anreiz für die korrekte Entsorgung zu geben. Anzuvisieren wäre eine finanzielle Obergrenze, ab der die Pfandpflicht für Elektronikartikel entfällt, bspw. 100€, da größere und teurere Geräte prinzipiell eine längere Nutzungsdauer vorweisen können.

Antrag C2-Ä01: Änderungsantrag zu C2

Änderungsantrag zu C2

Antragsteller*in:	Kristina Luxen
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme
Sachgebiet:	C - Arbeit, Wirtschaft und Energie

Zeile 4

- 4 • Die Einführung einer Pfandgebühr für ~~Elektro-Kleinartikel und~~ Batterien.

Zeile 5 - 6

- 5 • ~~Dabei sollte der Pfandbetrag bei Einwegartikeln besonders hoch angelegt sein,~~
6 ~~genauso wie bei allen Elektronikartikeln mit kurzer Lebensdauer.~~

Antrag C3: Einschränkung von Werbung für alkoholische Getränke

Antragsteller*in:	BZ Hessen-Nord
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme und Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Bundesparteitag
Sachgebiet:	C - Arbeit, Wirtschaft und Energie

- 1 Wir fordern eine Einschränkung von Werbung für alkoholische Getränke, um insbesondere
- 2 Minderjährige vor den Folgen übermäßigen Alkoholkonsums zu schützen. Wir fordern,
- 3 dass Alkoholwerbung im Kino und auf Kinderfernsehskanälen und in Jugendeinrichtungen
- 4 nicht mehr gezeigt werden darf. Im Umkreis von 100 Metern um Bildungseinrichtungen
- 5 und Kinder- und Jugendeinrichtungen darf keine Werbung (Plakate, digital) gezeigt
- 6 werden, eine solche Einschränkung kann sich an der Diskussion zu restriktiver
- 7 Tabakwerbung orientieren. Es sollen in Zukunft Warnhinweise auf alkoholischen
- 8 Produkten, die im Handel vertrieben werden, aufgedruckt werden, ähnlich wie das
- 9 aktuell bei Zigarettenpackungen der Fall ist. Diese Warnhinweise sollen gut erkennbar
- 10 sein und mindestens 20% der Produktetikettierung betragen. Ähnlich wie bei
- 11 Glücksspielen, soll darüber hinaus ein Hinweis auf eine Sucht-Beratungsstelle auf
- 12 alkoholischen Getränken gedruckt werden.

Begründung

Alkoholwerbung muss aus dem Straßenbild und den Medien verschwinden, da sie zum Konsum animieren und damit zum erhöhten Konsum beitragen. Die gesundheitlichen Schäden und das große Abhängigkeitspotential tragen zu einem Großteil der Kosten für das Gesundheitssystem bei. 7,9 Millionen Menschen der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung in Deutschland konsumieren Alkohol in gesundheitlich riskanter Form. Zudem ist missbräuchlicher Alkohol einer der wesentlichen Risikofaktoren für zahlreiche chronische Erkrankungen (zum Beispiel Krebserkrankungen, Erkrankungen der Leber und Herz-Kreislauf-Erkrankungen) und für Unfälle verursacht unter Einfluss von Alkohol. Analysen gehen von jährlich etwa 74.000 Todesfällen durch Alkoholkonsum allein oder bedingt durch den Konsum von Alkohol aus. Alkoholkonsum senkt bei Jugendlichen die Hemmschwelle. Das sorgt dafür, dass sie risikofreudiger und unvorsichtig werden, das wiederum führt dazu, dass die Unfallwahrscheinlichkeit stark ansteigt. Jugendliche werden selbstbewusster, überschätzen sich und zeigen ein Verhalten, welches Sie ohne Alkohol-Konsum nicht haben würden. Werbung für alkoholische Getränke hat durchaus eine Wirkung auf Jugendliche, zum Glück ist der Alkoholkonsum in den letzten Jahren gesunken, aber dennoch trägt Werbung dazu bei, dass in Verbindung mit Gruppenzwang und dem Druck von gesellschaftlicher Anerkennung durch Werbung mehr alkoholische Getränke konsumiert werden.

Antrag C4: Verkaufsverbot an Sonn- und Feiertagen in Selbstbedienungsläden abschaffen.

Antragsteller*in:	uB Main-Kinzig
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme mit Änderung:
Sachgebiet:	C - Arbeit, Wirtschaft und Energie
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1 - 7 (Änderungsantrag C4-Ä01) - angenommen

- 1 Der Landesparteitag fordert die SPD -Fraktion im Hessischen Landtag dazu auf, eine
- 2 ~~unmittelbare Initiative zur Gesetzesänderung in Bezug auf das aktuelle-~~
- 3 ~~Verwaltungsgerichtshofs-Urteil zum Verkaufsverbot an Sonn- und Feiertagen in-~~
- 4 ~~Selbstbedienungsläden zu ergreifen. Ziel der Initiative muss es sein, die im-~~
- 5 ~~Koalitionsvertrag festgehaltene Vereinbarung schnellstmöglich umzusetzen und damit~~
- 6 ~~die Öffnung~~ Prüfung der Änderung des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes (HLadÖG) unter
- Beteiligung von Selbstbedienungsläden an Sonn- und Feiertagen zeitnah wieder zu-
- Kirchen, Gewerkschaften und weiteren betroffenen Verbänden mit dem Ziel der
- Gesetzesänderung in Bezug auf das aktuelle VGH-Urteil zum Verkaufsverbot an Sonn- und
- Feiertagen einzuleiten. Ziel der Prüfung soll es sein, vollautomatisierte
- Selbstbedienungsläden eine Öffnung an Sonn- und Feiertagen entsprechend den
- verfassungsrechtlichen Vorgaben zu
- 7 ermöglichen.

Begründung

Mit Bestürzung und Verwunderung haben wir das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs zum Verkaufsverbot an Sonn- und Feiertagen auch in den Selbstbedienungsläden von teo zur Kenntnis nehmen müssen. Die offensichtlich im Wege stehenden gesetzlichen Hindernisse, die zu diesem aus unserer Sicht abstrusen und völlig aus der Zeit gefallenen Urteil geführt haben, müssen schnellstens beseitigt werden.

Zwar sollen lt. Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD in Hessen "vollautomatisierte Verkaufsflächen, die an Sonntagen ohne den Einsatz von Personal auskommen", ermöglicht werden. Fraglich ist allerdings, ob hier auch die Dringlichkeit einer solchen Maßnahme richtig erkannt wird. Es besteht die Gefahr, dass bei einem langwierigen Gesetzgebungsverfahren Schließungen von Selbstbedienungsläden drohen. Aktuell sind schon alle Planungen von neuen Standorten zurückgestellt und im schlimmsten Fall ist es möglich, dass das ganze Konzept auf der Kippe steht.

Gerade für kleinere Ortschaften und Weiler, in denen viele Einzelhändler aus Wirtschaftlichkeitsgründen in den letzten Jahren schließen mussten und in denen teilweise kein einziger Einzelhändler bzw. Nahversorger mehr vertreten ist, hat sich das Konzept von Selbstbedienungsläden bislang scheinbar gut bewährt. Der auch im Grundgesetz verankerte Schutz von Arbeitnehmern ist gewährleistet und gleichzeitig wird auch in kleinen Wohnorten eine Nahversorgung ermöglicht, die auch den Bedarf nach einer 7-Tage-Versorgung erfüllt. Der Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage "der seelischen Erhebung" wird damit aus unserer Sicht auch nicht ausgehebelt.

Antrag C4-Ä01: Änderungsantrag zu C4

Änderungsantrag zu C4

Antragsteller*in:	Landesvorstand SPD Hessen
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme
Sachgebiet:	C - Arbeit, Wirtschaft und Energie

Zeile 1 - 7

- 1 Der Landesparteitag fordert die SPD -Fraktion im Hessischen Landtag dazu auf, eine
- 2 ~~unmittelbare Initiative zur Gesetzesänderung in Bezug auf das aktuelle-~~
- 3 ~~Verwaltungsgerichtshofs-Urteil zum Verkaufsverbot an Sonn- und Feiertagen in-~~
- 4 ~~Selbstbedienungsläden zu ergreifen. Ziel der Initiative muss es sein, die im-~~
- 5 ~~Koalitionsvertrag festgehaltene Vereinbarung schnellstmöglich umzusetzen und damit-~~
- 6 ~~die Öffnung-~~Prüfung der Änderung des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes (HLadÖG) unter
- Beteiligung von Selbstbedienungsläden an Sonn- und Feiertagen zeitnah wieder Kirchen,
- Gewerkschaften und weiteren betroffenen Verbänden mit dem Ziel der Gesetzesänderung in Bezug
- auf das aktuelle VGH-Urteil zum Verkaufsverbot an Sonn- und Feiertagen einzuleiten. Ziel der Prüfung
- soll es sein, vollautomatisierte Selbstbedienungsläden eine Öffnung an Sonn- und Feiertagen
- entsprechend den verfassungsrechtlichen Vorgaben zu
- 7 ermöglichen.

Antrag C5: Mindesthonorare für Künstler und andere Freischaffende

Antragsteller*in:	AGS Hessen-Süd
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme und Weiterleitung an SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	C - Arbeit, Wirtschaft und Energie

- 1 Der Landesparteitag greift Forderungen von Vertretern der Kulturbranche und der
- 2 Gewerkschaften auf und fordert höhere Honorare für Künstler und andere
- 3 Freischaffende, ein übersichtlicheres Sozialsystem und Reformen beim Urheberrecht.

Begründung

Das Brot des Künstlers ist nicht der Applaus, sondern das Brot. Das gilt für alle Freiberufler gleichermaßen.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Deutsche Kulturrat weisen darauf hin, dass die soziale Lage von Künstlern in Deutschland nicht erst seit der Corona-Pandemie höchst prekär ist. Die Probleme sind seit Jahrzehnten bekannt: Die gezahlten Gehälter und Honorare sind deutlich zu niedrig und die soziale Absicherung unzureichend. Das aktuelle jährliche Durchschnittseinkommen von in der Künstlersozialkasse versicherten freischaffenden Künstlern im Musikbereich liegt bei gerade einmal 14.000 Euro und im Wortbereich bei 23.000 Euro. *Zum Vergleich: bei einem Mindestlohn von 12,41€/h kommt man auf über 25.000 Euro im Jahr. Vor allem freischaffende Künstler arbeiten im Bereich der „Selbstaussbeutung“.*

Es braucht vor allem angemessene Mindesthonorare, wenn Künstler von der öffentlichen Hand beauftragt werden. Bei Honoraren müssen alle Phasen des künstlerischen oder sonstigen Schaffens berücksichtigt werden und nicht nur das, was zum Beispiel der Zuschauer sieht. Solche Mindesthonorare müssen für alle Ebenen der öffentlichen Hand gelten, für Bund, Länder und Kommunen.

Der Bundesverband Schauspiel mahnt auch eine Vereinfachung beim Sozialsystem an. Die Schauspieler in Deutschland bewegten sich aufgrund höchst unterschiedlicher Beschäftigungsverhältnisse in einem undurchsichtigen „Sozialversicherungsdschungel“. Von den etwa 16.000 Schauspielern in Deutschland sind nur „eine Hand voll“ fest und etwa 2.000 in Ensembles befristet über ein Jahr hinweg angestellt. Der Großteil befindet sich in befristeten Engagements von deutlich unter einem Jahr. Hinzu kommen noch berufsmäßig unständig Beschäftigte. Für all diese und andere Beschäftigungsverhältnisse gelten höchst unterschiedliche Regelungen.

Die Initiative Urheberrecht fordert deutliche Verbesserungen beim Urheberrecht und beim Urhebervertragsrecht. Das Urheberrecht ist die Existenzgrundlage für Künstler aus Musik und Literatur/ Wort, dort muss für eine angemessene Vergütung ihrer Arbeit gesorgt werden. Nachbesserungsbedarf gibt es vor allem im digitalen Bereich. Dieser nimmt eine immer größere Bedeutung für die künstlerische Arbeit ein, gleichzeitig ist aber gerade dort die Vergütung deutlich schlechter. Eine noch größere Gefahr stellt neuerdings der Einsatz von Künstlicher Intelligenz dar.

Antrag D1: Überholverbot für Lastkraftwagen auf Autobahnen mit nur zwei Richtungsspuren

Antragsteller*in:	BZ Hessen-Nord
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme und Weiterleitung an SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	D - Mobilität, Infrastruktur, Wohnen

- 1 Die SPD im Landtag wird aufgefordert zu prüfen, inwiefern ein Überholverbot für
- 2 Kraftwagen ab einem Gewicht von 3,5 Tonnen auf Autobahnen mit nur zwei Richtungsspuren
- 3 in Hessen zur Förderung des Verkehrsflusses, Verbesserung der Verkehrssicherheit und
- 4 Verhinderung von Staus sinnvoll ist. Denkbar ist auch die Prüfung des Überholverbots
- 5 in Stoßzeiten, wenn ein durchgängiges Verbot nicht möglich ist. Stoßzeiten müssen
- 6 dazu genauer definiert werden. Denkbar wäre beispielsweise ein Verbot von 6:00 Uhr
- 7 bis 19:00 Uhr, wie es in Baden-Württemberg bereits auf vielen Strecken erprobt wurde.
- 8 Der Wirtschaftsverkehr soll jedoch nicht unnötig benachteiligt werden.

Begründung

Die meisten Lastkraftwagen in Europa sind auf eine Höchstgeschwindigkeit von 92 km/h eingestellt, weil in einigen EU-Staaten Tempolimits von 90km/h gelten. Fahrer solcher Lastkraftwagen nutzen ihre Motorleistung meist voll aus und liefern sich mit ihren gesetzestreuen Kolleg:innen die berühmten Elefantenrennen. Dies führt vor allem zu Zeiten, an denen der Personenverkehr besonders verstärkt auf Autobahnen unterwegs ist, zu einer Verringerung der Verkehrssicherheit und einer Einschränkung des Verkehrsflusses.

Antrag D2: Schaffung verschiedener Sozialtickets in Hessen zur Ergänzung des Deutschlandtickets

Antragsteller*in:	UB Limburg-Weilburg
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme mit Änderung:
Sachgebiet:	D - Mobilität, Infrastruktur, Wohnen

- 1 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich in Ergänzung zum
2 Deutschlandticket für mehrere, hessenweit gültige, Sozialtickets einzusetzen. Die
3 folgenden Tickets sollen dabei umgesetzt werden:
- 4 1. Ein Bildungsticket für Schüler*innen, welches das Fahren mit dem ÖPNV bis zum
5 Abitur kostenlos ermöglicht. Für Auszubildende und Studierende soll das Ticket
6 ebenfalls in einem bezahlbaren Rahmen liegen.
- 7
- 8 2. Ein Seniorenticket, welches ein vergünstigtes Ticket für Senior*innen bietet. Ab
9 einer bestimmten Altersgrenze soll dieses Ticket ebenfalls kostenfrei werden, um
10 somit die soziale Teilhabe von Menschen im Alter zu ermöglichen.
- 11
- 12 3. Ein „Sozi-Ticket“ für Menschen in besonderen sozialen Lebenssituationen und
13 Lebenslagen soll Menschen mit schwierigen finanziellen Verhältnissen, dazu kann
14 bspw. Arbeitslosigkeit, ein geringes Einkommen oder eine Arbeitsunfähigkeit
zählen, durch ein günstigeres ÖPNV-Ticket die Teilhabe am sozialen Leben
ermöglichen.
- 15 Außerdem soll das aktuelle Behindertenticket überarbeitet und angepasst werden, um
16 die Bedürfnisse von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen besser zu
17 berücksichtigen und ihnen Mobilität zu erleichtern.
- 18 Diese Tickets können allerdings nur in Kombination mit einem rasanten Ausbau des
19 ÖPNV-Netzes den erwünschten Erfolg bewirken. Deswegen fordern wir eine rasche
20 Verbesserung des ÖPNVs, wie sie im SPD-Wahlprogramm zur Landtagswahl in Hessen 2023
21 geplant wurde.

Begründung

Mobilität bedeutet Teilhabe. Als Sozialdemokrat*innen ist es unsere Aufgabe insbesondere Menschen, die nicht über ein großes Einkommen verfügen, diese Teilhabe zu ermöglichen. Aus diesem Grund haben wir uns für die oben genannten Tickets entschieden. Im Hinblick auf das Bildungsticket lässt sich außerdem nicht nur der Aspekt der Teilhabe, sondern auch der Aspekt fehlender Bildungsgerechtigkeit anbringen. Noch immer leiden viele Kinder und Jugendliche unter einer massiven Bildungsungerechtigkeit in Deutschland. Das angestrebte Bildungsticket kann hier als eine von vielen Maßnahmen eine erste Erleichterung bringen. Dieser Erleichterungen lassen sich allerdings nur mit massiven Investitionen in den Bereich des ÖPNVs umsetzen.

Votum der Antragsprüfungskommission:

Annahme unter Änderung Z.3. "geprüft" statt "umgesetzt".

Antrag D3: Bundesweites Deutschlandticket für alle Auszubildenden

Antragsteller*in:	AGS Hessen-Süd
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme und Weiterleitung an SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	D - Mobilität, Infrastruktur, Wohnen

- 1 Studenten können mit dem Deutschlandticket ab dem Sommersemester 2024 für 29,40 Euro
- 2 bundesweit den ÖPNV nutzen. Diese vergünstigte Abgabe des Deutschlandtickets muss
- 3 auch für Auszubildende gelten.

Begründung

Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit – das muss sich auch in der Bildung für die zukünftigen Fach- und Arbeitskräfte zeigen. Deshalb unterstützen wir als SPD Hessen die Forderung der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), auch für Azubis deutschlandweit ein ermäßigtes Deutschland-Ticket abzugeben, das die Verkehrsminister von Bund und Ländern bislang nur für Studentinnen und Studenten vereinbart haben. Positive Ausnahmen sind bisher nur die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern, die Studierenden und Auszubildenden gleiche Konditionen bieten. Ein Flickenteppich muss unbedingt vermieden werden.

Fachkräftesicherung ist eine der zentralen Herausforderungen für Deutschlands Zukunft als Wirtschaftsstandort. Um den weiter steigenden Bedarf an beruflich qualifizierten Fachkräften decken zu können, muss vor allem die berufliche Bildung weiter gestärkt und unterstützt werden.

Mit dem zu gleichen Bedingungen ermäßigten bundesweiten Deutschland-Ticket für Auszubildende soll gezeigt werden, dass berufliche Bildung genauso wichtig ist wie ein Studium. Überregionale Mobilität von Auszubildenden ist ein wesentlicher Faktor, um Ausbildungsplätze besetzen und somit die Fachkräfte von morgen gewinnen zu können. Häufig müssen Azubis über Ländergrenzen hinweg zum Ausbildungsbetrieb, ihren Berufsschulen oder überbetrieblichen Ausbildungsstätten fahren. Dabei sind viele oft noch minderjährig und/oder haben kein Geld für ein eigenes Fahrzeug. Sie sind deshalb besonders auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen.

Beruflich qualifizierte und anerkannte Fachkräfte sind auch ein stabilisierender Faktor für die demokratische Bürgergesellschaft.

Antrag D4: Umsatzsteuer im grenzüberschreitenden Zugreiseverkehr wird abgeschafft

Antragsteller*in:	Jusos BZHessen-Süd
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme und Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Bundesparteitag
Sachgebiet:	D - Mobilität, Infrastruktur, Wohnen

- 1 Die Umsatzsteuer im grenzüberschreitenden Zugreiseverkehr wird abgeschafft.

Begründung

Wenn wir mehr Klimagerechtigkeit wollen und infolgedessen erreichen möchten, dass die Menschen grenzüberschreitend umweltbewusst reisen können, ist es unsere Aufgabe, beim umweltfreundlichsten Verkehrsträger der Schiene nachzubessern. Es kann nicht sein, dass all unsere europäischen Nachbarn bereits die Umsatzsteuer auf Tickets für den grenzüberschreitenden Zugreiseverkehr abgeschafft haben, Deutschland hingegen nicht. Wenn wir aber erreichen möchten, dass der europäische Flugverkehr an Attraktivität verliert, hat die Politik die Aufgabe, im Bereich des Zugreiseverkehrs gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, zumindest im Bereich Tickets ist dies bisher nicht erreicht worden. Hier können wir als Jusos gemeinsam mit der SPD ein Zeichen setzen.

Antrag D5: Resultierend aus I2: Endlich Tempo 30 auf Durchgangsstraßen: Kommunale Selbstverwaltung auch im Bereich der Mobilität

Antragsteller*in:	UB Kassel-Stadt
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme
Sachgebiet:	D - Mobilität, Infrastruktur, Wohnen

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen: Die Bundestagsfraktion möge darauf hinwirken,
- 2 dass Kommunen auf Durchgangsstraßen Tempo 30 einführen können, entweder begrenzt für
- 3 bestimmte Uhrzeiten oder generell.

Begründung

Kassel würde gerne auf der Frankfurter Straße im Bereich der Südstadt während der Nachtruhe von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr zum Schutz der Bevölkerung die Geschwindigkeit auf Tempo 30 begrenzen. Dies ist aktuell nicht möglich. Die Ampel im Bund hat ein entsprechendes Gesetz eingebracht, um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, aber das Gesetz wird aktuell von den CDU/CSU-regierten Bundesländern im Bundesrat aufgehalten. Sofern man keine schützenswerten Einrichtungen wie Kitas, Schulen oder Senioren*innenheime an den Durchgangsstraßen hat, ist die Einführung von Tempo 30 derzeit nicht möglich.

Antrag E1: Die Finanzierung von Frauenhäusern endlich zur Pflichtaufgabe machen!

Antragsteller*in:	UB Limburg-Weilburg
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme mit Änderung:
Sachgebiet:	E - Familie, Gleichstellung und Soziales

- 1 Die Finanzierung von Frauenhäusern ist aktuell nicht geregelt und unterscheidet sich
2 damit zwischen den Bundesländern. Viele dieser haben überhaupt keine Regelung, zur
3 Finanzierung der Frauenhäuser. Aus diesem Grund sind die folgenden Punkte für uns von
4 großer Bedeutung:
- 5 1. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich innerhalb der Bundesregierung
6 für ein neuartiges und einheitliches Modell der derzeitigen – nicht existenten –
7 Finanzierung von Frauenhäusern einzusetzen.
- 8
- 9 2. Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf sich dafür einzusetzen, dass die
10 Finanzierung von Frauenhäusern zur Pflichtaufgabe der Landkreise innerhalb
11 Hessens wird. Dadurch soll eine Sicherheit für die betroffenen Frauen
gewährleistet werden.

Begründung

Die aktuelle Situation des Frauenhauses in unserem Kreis und der Frauenhäuser im Allgemeinen ist für eine reiche Industrienation wie Deutschland beschämend. Die Finanzierung unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland und ist in den meisten dieser eine freiwillige Aufgabe. Oftmals findet keine Förderung für die Landkreise durch das entsprechende Bundesland statt.

Dadurch wird mit dem Leben und der Sicherheit der betroffenen Frauen gespielt und es ist ungewiss, inwiefern betroffene Frauen überhaupt einen Platz in Frauenhäusern zur Verfügung gestellt bekommen können. Schon jetzt müssen Frauen die Gewalt erlebt haben, teils mehrere hundert Kilometer fahren, um einen Platz in einem Frauenhaus zu bekommen. Das ist nicht akzeptabel.

Votum der Antragsprüfungskommission:

Annahme und Weiterleitung Bundesparteitag sowie SPD-Landtagsfraktion.

Für die Weiterleitung an den Bundesparteitag wird Ziffer 2 gestrichen.

Antrag E2: Bessere Versorgung von weiblicher Genitalverstümmlung betroffener Frauen

Antragsteller*in:	ASG Hessen-Süd
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme
Sachgebiet:	E - Familie, Gleichstellung und Soziales

- 1 Wir fordern die Aufnahme der Abfrage nach FGM/C in den Mutterpass sowie eine
- 2 finanzielle Unterstützung der entsprechenden Beratungsstellen. FGM/C muss als
- 3 Asylgrund von geschultem Fachpersonal abgefragt und anerkannt werden.

Begründung

Weibliche Genitalverstümmelung(/Beschneidung) oder Female Genital Mutilation/Cutting ist ein Verbrechen gegen das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit. Dieser verstümmelnde Eingriff ist weiter verbreitet, als Viele wissen und wird auch heute noch an Millionen Mädchen und Frauen weltweit durchgeführt. Frauen mit FGM/C haben neben dem psychischen Trauma häufig chronische körperliche Folgen, die behandelt werden sollten. Auch in Deutschland leben Frauen, die von FGM/C betroffen sind und insbesondere bei der Geburt eine spezielle Beachtung und Behandlung benötigen.

Es gibt verschiedene Stadien von FGM/C, die durch die WHO festgelegt wurden. Für das Stadium FGM/C Typ III empfiehlt die Bundesärztekammer "Bei schwangeren beschnittenen Frauen mit engem Scheidenausgang (..) eine erweiternde Operation bereits während der Schwangerschaft medizinisch indiziert sein, (...) bei der Geburt soll durch Öffnung der Infibulation, durch kontrollierten Dammriss oder Episiotomie eine normale Geburt ermöglicht werden".

Aktuell gibt es eher die Tendenz, die von FGM/C betroffenen Frauen entgegen der Empfehlung der BÄK sicherheitshalber mit einem Kaiserschnitt zu versorgen und eine normale Geburt auszuschließen.

Wir schließen uns der Forderung von betreuenden Ärzt:innen und Berater:innen an das Merkmal FGM/C in den Mutterpass aufzunehmen. So kann sich das betreuende medizinische Fachpersonal jederzeit vorbereitend mit dem Thema FGM auseinandersetzen, ein größeres Bewusstsein für das Thema entwickeln und bei Geburten: frühzeitig auf die Geburt vorbereiten.

Eine Geburt findet häufig nicht durch genau dasselbe Personal statt, dass die Frau bereit in der Schwangerschaft und Geburtsvorbereitung begleitet hat. Auch Frauen, die nach Typ I, II oder IV beschnitten sind, benötigen eine kenntnisreiche Begleitung der Geburt, da es auch bei ihnen durch das zum Teil massive Narbengewebe zu Schwierigkeiten unter der Geburt kommen kann.

Ein positiver Effekt der Aufnahme in den Mutterpass wäre nicht zuletzt, dass dies auch einen Anlass liefern kann zu Gesprächen über das Thema (Stichwort: Schutz von Töchtern der betroffenen Frauen/ Prävention) (und im Bedarfsfall auch zum Weiterverweis an spezialisierte Beratungsstellen).

Alle bei einer Geburt professionell Beteiligten müssen möglichst frühzeitig über die vorliegende Beschneidung informiert sein, um die Frau gut zu begleiten, sich ggf. kollegialen Rat bei anderen Stellen einzuholen, die mehr Erfahrung mit Geburten von FGM-betroffenen Frauen haben, um möglichst vielen Frauen trotz der Beschneidung eine normale Geburt ermöglichen zu können. Dafür bietet sich der Mutterpass an. Dieser ist ein offizielles medizinisches Befunddokument, das der schnellen Orientierung über medizinisch relevante Befunde für alle an der Betreuung Schwangerer beteiligten Gesundheitsprofessionen dient. Er ist ein eigenständiges vertrauliches Dokument der Schwangeren oder

Mutter, neben der Patientenakte in der Arztpraxis.

Im Mutterpass werden außerdem "um Schwangerschaften mit besonderen Risiken sowie Risikogeburten bereits frühzeitig zu erkennen, (...) zum Beispiel folgende Angaben erfasst":

- Alter der Mutter
- Vorerkrankungen der Mutter (z. B. Diabetes, Asthma, Epilepsie, Herzerkrankungen, Nieren- und Schilddrüsenerkrankungen, Bluthochdruck, Tuberkulose, Hepatitis)
- Vorgegangene Frühgeburten, Kaiserschnitt, Fehlgeburten
- Rhesusfaktor
- Mehrlingsschwangerschaft
- Bestimmte Erbkrankheiten in der Familie"

Quellen:

<https://www.kbv.de/html/e-mutterpass.php> (Kassenärztliche Bundesvereinigung)

<https://www.g-ba.de/themen/methodenbewertung/ambulant/frueherkennung-krankheiten/erwachsene/schwangerschaft-mutterschaft/>

Von FGM/C betroffene Frauen werden zum Teil nach der Geburt oder aus anderen Gründen mehrfach "beschnitten"/verstümmelt. Dies findet häufig bei Reisen oder der erzwungenen Rückkehr in das Herkunftsland statt. Deshalb ist es für die Frauen wichtig, dass auch eine drohende (erneute) FGM/C als Asylgrund gilt und die Frauen so vor dem Eingriff in ihre körperliche Unversehrtheit geschützt werden.

Beratungsstellen, die eine Anbindung an die betroffene Community haben – also nicht über die Communities hinweg arbeiten, sind rar. Deshalb fordern wir eine finanzielle Sicherung ihrer Arbeit.

"Bei der Arbeit mit FGM/C-betroffenen Frauen geht es um sehr intensive Beratungen; es braucht Zeit zum Vertrauensaufbau; es braucht Raum für Gespräche über Traumata, psychische Belastungen usw. Es braucht auch Zeit und Vertrauen, einen Weg ins Gesundheitssystem zu ebnen (viele Frauen haben damit bisher keine Berührungspunkte gehabt). Es braucht Zeit, die Frauen auch zu Terminen zu begleiten (etwa im Zusammenhang mit der Rekonstruktions-OP). Dies nur einige Beispiele, die verdeutlichen, dass die Betreuung von FGM-Betroffenen Frauen viel Vertrauen braucht und sehr zeitintensiv ist." --> und eben eine ausreichende Finanzierung benötigt. Frau Wunderlich von FIM (Frauenrecht ist Menschenrecht).

Antrag E3: Portal „Kind in Hessen“ für niedrigschwellige digitale Informationen für hessische Eltern

Antragsteller*in:	ASG Hessen-Süd
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme
Sachgebiet:	E - Familie, Gleichstellung und Soziales

- 1 Die SPD Hessen und die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag setzen sich dafür ein, dass
- 2 ein landesweites Informationsportal, auch als App, mit dem Titel „Kind in Hessen“ in
- 3 öffentlich-rechtlicher Struktur mit gesetzlich verankerter Finanzierung geschaffen
- 4 wird.
- 5 Das Portal dient der aktuellen Information für Erwachsene mit Kindern und
- 6 Jugendlichen über die vorhandenen Angebote zur Förderung gesunden und sozialen
- 7 Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen in Hessen.
- 8 So sollen insbesondere die ungleiche Verteilung von Wissen kompensiert werden und
- 9 flächendeckend die Möglichkeit für Informationen über ein gesundes Heranwachsen,
- 10 körperlich, seelisch und psychisch sowie die bestehenden Unterstützungs- und
- 11 Servicemöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Begründung

Komplexität und Geschwindigkeit in der gegenwärtigen Informationsdarbietung lassen viele Mitmenschen unwissend und chancenlos zurück. Kinder, Heranwachsende und erwachsene Mitmenschen mit geringer Resilienz und knappen psychosozialen oder finanziellen Ressourcen sind hiervon in erster Linie betroffen.

Das bedeutet, ein weitgehend unübersichtliches Angebot von an sich sinnvollen Informationen, Hilfen und Unterstützungsmaßnahmen überfordert diejenigen, welche es am dringendsten benötigen. Selbst die Helfenden verlieren wertvolle Zeit durch erschwerte Informationsbeschaffung.

„Kind in Hessen“ soll ein Begleiter während der Zeit des Heranwachsens für alle Erwachsenen mit Kindern sein.

Die Struktur soll streng am Zeitstrahl des Lebens ausgerichtet sein.

Schon Angebote und Aspekte der Familienplanung wie z.B. Kinderwunsch medizinisch, sozial und finanziell sowie Schwangerschaft sollen Bestandteil der digitalen Informationsbibliothek sein. Von der Geburt bis zur Adoleszenz werden die Beratungsinhalte zusammengestellt und in der digitalen Struktur von der jeweilig relevanten Altersstufe aus digital zugänglich gemacht. **Graphisch sollte in der Umsetzung der Zeitstrahl sichtbar werden.**

Es sollen alle in Hessen zur Verfügung stehenden Angebote, Institutionen, Informationen und Hilfen, welche ein psychosozial ausgewogenes und gesundes Aufwachsen unterstützen, per App mit schnellem Zugang abrufbar sein.

Welche Bausteine sind hierfür erforderlich:

1. Eine öffentliche, landesweite, kontinuierlich eingeplante Finanzierung mit gesetzlich verankerter Struktur bzgl. Transparenz und Umfang der Aufgabe.
2. Ein wissenschaftlich begleiteter, möglichst autonomer Strukturbeirat mit Personen aus den verschiedenen Einrichtungen und Aufgabenbereichen zur kontinuierlichen Festlegung und Überprüfung der aufzunehmenden Angebote aus den verschiedenen Lebensbereichen für Kinder und Jugendliche

(Schule, Bildung, Jugendhilfe, medizinische und psychosoziale Einrichtungen, Sport, Kultur, gesetzliche Beratungseinrichtungen, gesetzlich verankerte Institutionen aus diesen Bereichen, etc.)

3. Ein kleines digitaltechnisches Team für ganz Hessen, welches die vorhandenen Angebote des vom Strukturbeirat zusammengestellten Portfolios technisch aufbereitet und einpflegt. Dies geschieht im Zusammenwirken mit Beauftragten der Landkreise und kreisfreien Städte, welche die vor Ort vorhandenen Angebote ermitteln und auf ihre Verfügbarkeit überprüfen, aktualisieren und dem technischen Team übermitteln.
4. Regelmäßig stattfindende Abstimmungsprozesse zur Aktualisierung des Angebots inhaltlich (was soll rein, was soll raus) und organisatorisch (wie z.B. stimmt der Link noch, gibt es neue Adressen oder neue Personen in der Maßnahme, muss die Darstellung angepasst werden).
5. Zu Beginn intensive Arbeitsphase des Strukturbeirats zur Erstellung des Portfolios in enger Zusammenarbeit mit einem kleinen technischen Team zwecks Austauschs technischer Ausführungsoptionen (z.B. 1 - 2 x im Monat Treffen über 4 – 6 Monate). Nach Start der App/ des Infosystems turnusmäßige Abfragen des Technikteams bei Landkreisen und kreisfreien Städten bzw. übergeordneten Einrichtungen zur Aktualität der Daten (z.B. alle 2 Monate). Mindestens halbjährlich Treffen des Strukturbeirats zur inhaltlichen Evaluation des Portfolios.
6. Rechtliche Absicherung der Plattform vor Nachahmung oder Missbrauch.

Antrag E4: Hessisches Paritätsgesetz jetzt!

Antragsteller*in:	SPDFrauen Hessen-Süd
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme und Weiterleitung SPD-Landtagsfraktion
Sachgebiet:	E - Familie, Gleichstellung und Soziales

- 1 Der Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, sich für eine
- 2 interfraktionelle Einbringung eines Hessischen Paritätsgesetzes einzusetzen.

Begründung

Der Anteil von Frauen im Hessischen Landtag ist nach der Wahl weiter zurückgegangen. Er sinkt in der kommenden Legislaturperiode um rund sechs Prozentpunkte auf knapp 31 Prozent. Auch im schwarzroten Kabinett sind die Frauen mit nur 25 Prozent deutlich unterrepräsentiert.

Die SPD Frauen wollen, dass ab 2030 Parität in allen deutschen Parlamenten sichergestellt wird. Die Rechtsprechung zu Paritätsgesetzen anderer Bundesländer macht deutlich: Die Rechtslage ist noch nicht ausgeschöpft, Paritätsgesetze sind möglich. Im Zweifel muss über Klagen beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe herausgefunden werden, was verfassungsrechtlich zulässig ist, woran sich dann in neuen Gesetzesentwürfen zu orientieren ist.

Hessen als Geburtsland von Elisabeth Selbert, muss ebenfalls in Sachen Parität deutlicher vorangehen.

Dass mehr als 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in keinem einzigen deutschen Parlament auf Bundes- oder Landesebene Frauen entsprechend ihres Bevölkerungsanteils vertreten sind, können wir nicht länger hinnehmen. Unser Land kann es sich nicht leisten, die Hälfte der Talente und Sichtweisen außen vor zu lassen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass es nicht mehr um die Frage geht, ob es auch in Deutschland wie in anderen Ländern in Europa und auf anderen Kontinenten Paritätsgesetze für die Parlamente geben wird, sondern nur noch um die Frage, wann es soweit sein wird. Insbesondere die Frauen in den Parlamenten und die fortschrittlichen Männer müssen jetzt mehr Fortschritt wagen und die parlamentarische Initiative ergreifen.

Wir sind der Überzeugung: die Zeit für Parität ist jetzt!

Antrag E5: Gleichstellung darf nicht verboten werden!

Antragsteller*in:	SPDqueer Hessen-Süd
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme mit Änderung:
Sachgebiet:	E - Familie, Gleichstellung und Soziales

- 1 Die SPD Hessen bekennt sich zur Gleichstellung der Geschlechter als zentrales
- 2 Anliegen, das in ihrer langjährigen Geschichte verankert ist. Aus diesem Grunde
- 3 wollen wir populistischen und antifeministischen Manövern, die diesen Grundpfeiler
- 4 unseres Wertekompasses angreifen, mit einer resoluten Ablehnung begegnen und
- 5 gleichzeitig einen Raum für einen konstruktiven Dialog schaffen. Das im
- 6 Koalitionsvertrag geplante Verbot geschlechtsneutraler Sprache sehen wir vor diesem
- 7 Hintergrund äußerst kritisch.
- 8 Der Landesparteitag appelliert an die Landtagsfraktion und die Mitglieder der
- 9 Landesregierung, die Bedenken in Bezug auf das geplante Genderverbot zu
- 10 berücksichtigen und zu prüfen, ob eine gemeinsame Lösung im Sinne einer inklusiven
- 11 Sprache gefunden werden kann. Die Achtung grundlegender Prinzipien der
- 12 Gleichstellung, des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts und Verfassungskonformität
- 13 sollten im Mittelpunkt dieser Überlegungen stehen.
- 14 Zusätzlich betonen wir die Notwendigkeit, die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten
- 15 zu respektieren und anzuerkennen. Die Einführung eines Genderverbots würde dazu
- 16 führen, dass nicht-binäre Personen in der Sprache nicht mehr vorkommen dürfen und
- 17 misgendert werden müssen. Das gilt es zu verhindern.

Begründung

Die SPD Hessen strebt eine inklusive Gleichstellungspolitik an, die Raum für Diskussion und Verständigung schafft. Die Ablehnung des geplanten Genderverbots soll nicht nur als klare Positionierung gegen antifeministische Tendenzen verstanden werden, sondern auch als Einladung zu einem respektvollen und konstruktiven Dialog über die Gestaltung unserer Sprache und die Anerkennung der Vielfalt geschlechtlicher Identitäten.

Votum der Antragsprüfungskommission:

Annahme mit Änderung:

Zeile 6 ergänze "geschlechtsneutrale Sprache" durch "geschlechtsneutrale Sprache mit Sonderzeichen";
Zeile 9: ersetze "Genderverbot" durch "Genderzeichenverbot"

Antrag E6: Förderung der Gewaltprävention durch aktives Handeln

Antragsteller*in:	BZ Hessen-Nord
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion
Sachgebiet:	E - Familie, Gleichstellung und Soziales

- 1 Die Förderungsmöglichkeiten von Kommunen, Sportvereinen und sozial-karitativen
- 2 Jugendclubs für die Betreuung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch
- 3 präventive Sozialarbeit programmtechnisch zu verbessern: Bewilligung von
- 4 Projektmitteln bei akutem Handlungsbedarf, Sensibilisierung der Kinder- und
- 5 Jugendwohlfahrt des Landes, Senkung finanzieller Hürden zur Teilnahme an Kinder-,
- 6 Jugend- und Bildungsprogrammen.

Begründung

Die Corona Pandemie und der Krieg am Rand der Europäischen Union haben gezeigt, dass junge Menschen ab dem Eintritt in das Jugendalter in Europa psychisch (schwer) belastet sind. Die Folgen der Lockdown-Phasen und das tägliche Medienangebot mit Bildern von Eskalation und Verletzung haben Jugendliche in den Zustand mentaler Belastung versetzt. Fehlende Orientierungsmöglichkeiten und erlernte Bewältigungsmöglichkeiten, die fehlende Ausübung physischer Betätigung im Körperkontakt in sportlichem Rahmen, führen bei Kindern- und Jugendlichen zu teilweise gewalttätigen und unausgeglichenen Verhaltensmustern.

Indem privaten und sozialen Trägern ausreichend finanzielle und materielle Mittel bewilligt werden:

1. Wird Personal zur Betreuung / Sozialer Arbeit besser und attraktiver finanziert.
2. Können bessere Konzepte für kollektive Bewältigungsaufgaben erarbeitet werden.
3. Werden die Zugangsmöglichkeit und die Teilnahme-Kapazitäten verbessert. Insbesondere durch Netzwerke und Fortbildungen von Sozialarbeiter*Innen untereinander können lokale Lagebilder und effizientere Präventionskonzepte erstellt werden.

Hierdurch entsteht ein breites Angebot an Betätigungen, die eine nachhaltige soziale und integrative Wirkung entfalten. Junge Menschen können im Idealfall zwischen Individual und Gruppenorientierten Aktivitäten auswählen. Dies sorgt für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen gruppenorientiertem Lernen und individuellem Entwicklungspotenzial. Aufklärungsunterricht über Gewaltprävention an vereinzelten Tagen im Schuljahr ist keine nachhaltige Lösung. Vielmehr sollten junge Menschen die Chance haben, ihre Erfahrungen wahlweise in einem offenen und in einem geschützten Rahmen bewältigen zu können. Dafür könnten Module in ein kommunales Konzept aus Sport- und Entwicklungsförderung integriert werden. Diese Projekte sollten mit jungen Menschen und Expert*Innen aus Vereinen und Gesellschaft regelmäßig reflektiert werden. Und die Ergebnisse sollten im Rahmen öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen präsentiert werden. Jugend ist Zukunft!

Quellen:

Lokales Ereignis;

<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/opfer-von-eisenstangen-attacke-in-marburg-ich-bin-nicht-mehr-so-wie-frueher-v1,opfer-gewalttat-marburg-100.html>

Lokale Expert*Innen:

<https://www.mittelhessen.de/lokales/kreis-marburg-biedenkopf/marburg/wie-sich-paedagogen-gegen-jugendkriminalitaet-in-marburg-stemmen-2473521>

Studie der Bundesregierung

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/corona-kinder-und-jugendliche-2163490>

Antrag F1: Hessische Gefängnisse reformieren: Alltag in Gefängnissen umgestalten, auf Prävention und Resozialisierung setzen

Antragsteller*in:	BZ Hessen-Nord
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Weiterleitung als Material an die ASJ, Landesvorstand und SPD-Landtagsfraktion
Sachgebiet:	F - Innenpolitik, Recht, Digitales

- 1 Die alltäglichen Umstände der Gefangenen im Justizvollzug sollen unter den folgenden
- 2 Gesichtspunkten einer Reform unterzogen werden:
- 3 1. Bei Beschäftigungsverhältnissen Gefangener während des Vollzugs ist eine
- 4 Vergütung zu zahlen, die mindestens dem Mindestlohn entspricht. Innerhalb der
- 5 Haft sollen (Aus-)Bildungsmöglichkeiten ausgebaut werden.
- 6
- 7 2. Die Möglichkeit, die eigene Wohnung auch während der Zeit in Haft unter gewissen
- 8 Voraussetzungen beizubehalten, wird (zur finanziellen Absicherung der Gefangenen
- 9 nach dem Vollzug) geschaffen. Die genauen Bedingungen, beispielsweise max.
- 10 Haftzeit, Familienangehörige usw. soll in einem nächsten Schritt gemeinsam mit
- 11 in der Haftarbeit erfahrenen Sozialarbeiter*innen ausgearbeitet werden.
- 12
- 13 3. Im Mutter-Kind-Vollzug sollte eine gemeinsame Unterbringung der Kinder von
- 14 Frauen im Justizvollzug und der Beschäftigten der JVA in einer gemeinsamen KiTa
- 15 grundsätzlich ermöglicht werden.
- 16
- 17 4. Gefangene müssen vermehrte Möglichkeiten zum Kontakt „nach draußen“ erhalten, in
- 18 geeigneten Fällen durch die Bereitstellung von Tablets oder Handys mit
- 19 vorinstallierten Programmen, durch mehr Besuchsstunden und auch durch Bildung
- 20 (bspw. Mitnahme von Büchern, Bestellung von Büchern in Gefangenenbibliotheken).
- 21 Eltern, insb. Müttern sowie Alleinerziehenden, muss ein ungehinderter
- 22 Telefonats- und Besuchskontakt mit ihren Kindern gewährt werden, soweit eine
- 23 gemeinsame Unterbringung nicht möglich ist.
- 24
- 25 5. Mit Blick auf die medizinische Versorgung müssen u.a. Entzüge für abhängige
- 26 Gefangene (Alkohol, Drogen etc.) nach neuestem medizinischem Kenntnisstand
- 27 gestaltet sein. Auch bspw. ein Entzug über lange Frist oder das Etablieren eines
- 28 weniger schädlichen Konsumverhaltens müssen in die Erwägungen für
- 29 Substitutionsbehandlungen regelhaft mit einbezogen werden, nicht nur das
- 30 möglichst schnelle Absetzen ohne Betrachtung der einzelnen Umstände.
6. Nahrungsmittel sollen gesundheitsfördernd sein, das medizinische Angebot bei der Therapie aller Krankheiten ist auszuweiten. Insbesondere für Frauen, die oftmals mit Mehrfachtraumatisierungen noch mehr unter dem Gefängnisalltag leiden, muss die Möglichkeit der freien Arztwahl gegeben werden.

Begründung

Die hessische Landesregierung hat es in den letzten Jahren u.a. kontinuierlich versäumt, gut finanzierte und konzeptionierte Jugendarbeit mit Drogenprävention zu verbinden und jungen Menschen gut erreichbare Anlaufstellen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere einmalig stattfindende Präventionstage in der Schule werden oftmals von der Polizei, also der Strafverfolgungsbehörde selbst durchgeführt, wodurch ein offenes Gespräch mindestens stark erschwert wird. Ein besonderer Fokus sollte darüber hinaus auf den ländlichen Raum gelegt werden, in dem Angebote zur Jugendarbeit nicht immer für alle gut erreichbar sind.

Maßnahmen zur Prävention allein sind jedoch nicht ausreichend. Für diejenigen, die schlussendlich doch zu einer Haftstrafe verurteilt werden, muss es auch in Gefängnissen möglich sein, Entscheidungen über ihr eigenes Leben zu treffen und ihren Alltag (in Grenzen) selbstständig zu gestalten, um später erneut in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Gefängnisreformen aus anderen Ländern (insb. Norwegen) haben gezeigt, dass es einen großen Vorteil hat, die Umstände innerhalb eines Gefängnisses so weit wie sinnvoll möglich denen außerhalb des Vollzugs anzugleichen, um den Gefangenen das Leben nach der Haft nicht noch unnötig zu erschweren.

Besonders beim Thema der Substitutionsmöglichkeiten ist das System nach wie vor nur unzureichend ausgebaut. Nordrhein-Westfalen ist als eines der ersten Bundesländer wichtige Schritte in die Richtung gegangen, eine Substitution nicht nur im Ausnahmefall zu ermöglichen und entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen.

Antrag F2: Eigenproduktionen sollen erhalten bleiben

Antragsteller*in:	UB Main-Taunus
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme und Weiterleitung an SPD-Landtagsfraktion und SPD-Mitglieder des Rundfunkrates
Sachgebiet:	F - Innenpolitik, Recht, Digitales

- 1 Die SPD Hessen sieht in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und insbesondere
- 2 im Heimatsender unseres Bundeslandes, dem Hessischen Rundfunk mit seinen
- 3 umfangreichen journalistischen Angeboten in den Bereichen Hörfunk, Fernsehen und
- 4 Online, einen unverzichtbaren Beitrag für die Information und Meinungsbildung der
- 5 Bevölkerung sowie eine Säule der Demokratie, die es zu bewahren gilt.
- 6 Um inhaltliche Vielfalt, Qualität und Unabhängigkeit sowie nicht zuletzt auch
- 7 Arbeitsplätze im HR zu schützen, sind Eigenproduktionen in bewährter Art und Weise
- 8 unerlässlich. Deshalb begrüßen und unterstützen wir es, wenn der Hessische Rundfunk
- 9 auch in Zukunft den Anteil seiner Eigenproduktionen aufrechterhält.

Begründung

Von allen neun ARD-Anstalten ist der Hessische Rundfunk der kleinste Sender, der allein für ein eigenes Vollprogramm und Bundesland zuständig ist – eine inhaltliche Herausforderung und eine wirtschaftliche Leistung, die in unserem Bundesland von vielen Menschen geschätzt werden.

Seit Jahrzehnten ist der Hessische Rundfunk stolz auf seine Eigenproduktionen und Programmbereiche, die nicht nur in unserem Bundesland, für das er zuständig ist, sondern auch durch seinen Programmanteil für die ARD prägend sind.

Von vielen anderen ARD-Anstalten, in denen eine umstrittene Sparpolitik zum Aus von Eigenproduktionen geführt hat, wurde und wird der HR beneidet, weil hier doch noch wenigstens manches (wie z.B. die beliebte Zoo-Doku-Soap „Giraffe, Erdmännchen & Co.“, die schönen Märchenverfilmungen sowie „Tatort“-Folgen und andere Spielfilme) im besten Sinne „hausgemacht“ ist/war.

Der Anteil der Aufträge und Sendungen, der „aus wirtschaftlichen Gründen“ an rein kommerzielle Produktionsfirmen vergeben werden soll, sollte überprüft und so gering wie möglich gehalten werden. Vielfalt und Qualität dürfen nicht einfach dem Rotstift zum Opfer fallen. Die Arbeitsplätze der Mitarbeiter*innen wollen wir erhalten.

Antrag INI01: Antrag zur Änderung der Satzung der hessischen SPD mit Stand vom 8.11.2014, hier: Änderung §6, Absatz (b): Erweiterung auf 4 stellvertretende Vorsitzende

Antragsteller*in:	Landesvorstand SPD Hessen
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Die Satzung der hessischen SPD vom 8.11.2024 ist folgendermaßen zu ändern:
- 3

ALT NEU § 6 Landesvorstand § 6 Landesvorstand (1) Der Landesvorstand wird alle zwei Jahre gewählt und besteht aus a) der/dem Landesvorsitzenden, b) drei stellvertretenden Vorsitzenden, c) der Generalsekretärin/dem Generalsekretär, die/der auf Vorschlag des Landesvorstands gewählt wird, d) der Schatzmeisterin/dem Schatzmeister, e) 14 Beisitzerinnen und Beisitzern. Dem Landesvorstand gehören aus jedem Bezirk mindestens sechs Mitglieder an. (1) Der Landesvorstand wird alle zwei Jahre gewählt und besteht aus a) der/dem Landesvorsitzenden, b) vier stellvertretenden Vorsitzenden, c) der Generalsekretärin/dem Generalsekretär, die/der auf Vorschlag des Landesvorstands gewählt wird, d) der Schatzmeisterin/dem Schatzmeister, e) 14 Beisitzerinnen und Beisitzern. Dem Landesvorstand gehören aus jedem Bezirk mindestens sieben Mitglieder an.

30

Antrag INI02: Initiativantrag zur Europawahl 2024

Antragsteller*in:	Landesvorstand SPD Hessen
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge

- 1 Die Europawahl am 9. Juni entscheidet über Europas Zukunft. Können wir unser
2 europäisches Gesellschaftsmodell mit Freiheit und sozialem Fortschritt bewahren,
3 umweltgerecht modernisieren und in friedlicher Partnerschaft mit den Völkern der Welt
4 weiter ausbauen? Oder droht der Rückfall in nationalistische Abgrenzung,
5 internationale Isolation und menschenfeindlichen Hass wie ihn die Rechtsradikalen und
6 Neonazis propagieren?
- 7 In vielen Mitgliedstaaten der EU sind Regierungen in jüngster Zeit unter den Einfluss
8 der Rechtsradikalen geraten. Das schwächt Europa. Es schadet der Gerechtigkeit, dem
9 wirtschaftlichen Fortschritt und erschwert die in diesen Zeiten so wichtige globale
10 Rolle der EU. Mit dem Satz "Hesse ist, wer Hesse sein will", hat der legendäre
11 sozialdemokratische Ministerpräsident Georg-August Zinn nach dem II. Weltkrieg unser
12 Land geprägt. Menschenfeindlicher Rassismus und Nazi-Ideologien passen nicht zu uns.
- 13 Die Hessen SPD wird ihren Beitrag in dieser zentralen Auseinandersetzung leisten. Wir
14 kämpfen für den Erfolg unserer sozialdemokratischen Kandidatinnen und Kandidaten und
15 für die spielbestimmende Rolle der sozialdemokratischen Fraktion in einem starken
16 demokratischen Europäischen Parlament.
- 17 Hessen profitiert enorm durch die wachsende Bedeutung der EU für Wirtschaft und
18 Arbeitsplätze sowie die daraus folgende Sicherung von Exporten. Hessen erhält in der
19 Förderperiode 2021 bis 2027 aus dem europäischen Sozialfonds+ (ESF+) 169 Millionen
20 Euro, Die hessische Landwirtschaft bezieht massive Agrarsubventionen durch die EU,
21 die Wirtschaft profitiert enorm vom Binnenmarkt sowie von diversen
22 Strukturprogrammen, die im Zeitraum 2014-2020 in Höhe von 730 Millionen Euro durch
23 die EU nach Hessen geflossen sind. In Deutschland hängen 7,7 Millionen Arbeitsplätze
24 von Exporten in Nicht-EU-Staaten ab.
- 25 Wir sind in Hessen in die Regierung eingetreten, um Hessens Rolle in Europa zu
26 erneuern und weiter zu entwickeln. Wir stehen für soziale Gerechtigkeit und
27 umweltfreundlichen wirtschaftlichen Fortschritt. Wo andere Angst und Hass sähen,
28 bauen wir auf Menschen und die Kraft zum Gemeinsinn. Unsere Vision von einer freien
29 und sozialen Gesellschaft, von Heimat und Zusammenhalt, steht in krassem Gegensatz
30 zum dumpfen zerstörerischen Weltbild der Reaktion. Wir streiten für ein weltoffenes
31 und solidarisches Europa. Ein Europa, in dem Hessens Zukunft liegt.
- 32 Hessen ist auf Arbeit gebaut. Wir sind stolz, Sitz starker Gewerkschaften zu sein und
33 Standort weltweit tätiger Unternehmen. Handwerk und Industrie sind unser Rückgrat,
34 wenn es um Wettbewerbsfähigkeit und den nötigen nachhaltigen Umbau geht. Einen hohen
35 Anteil unserer Arbeitsplätze verdanken wir der Stellung in Europa.
- 36 Über eine Millionen junge Menschen gehen in Hessen zur Schule, machen eine berufliche
37 Ausbildung oder studieren. Ihnen gehört die Zukunft. Wir als Sozialdemokratinnen und
38 Sozialdemokraten kämpfen dafür, dass Europa nicht von denen regiert wird, die ihnen
39 diese Zukunft nehmen wollen.

Antrag INI03: Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus auf den Prüfstand - Trassenführung von NordWestLink (DC41) und SüdWestLink (DC42) durch Hessen abenteuerlich

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirksvorstand Hersfeld-Rotenburg
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 Der SPD-Landesparteitag lehnt die am 6. Februar 2024 der Öffentlichkeit bekannt
4 gemachte, beabsichtigte Trassenführung der beiden Projekte NordWestLink (DC41) und
5 SüdWestLink (DC42) durch Hessen ab.

6 2. Das milliardeneuroschwere Projekt durch die Hochspannungsübertragungsindustrie
7 bedarf eines geordneten Verfahrens, das dem bisherigen Dilettantismus abhilft.

8 3. Die Mithilfe sogenannter Intelligenz, wenn auch künstlich, herausgefilterte
9 Trasse weist so viele Raumwiderstände auf, dass grundsätzliche Zweifel an einem
10 solchen Vorgehen entstehen müssen.

11 4. Eine bereits im Zuge der Suedlink-Trasse verworfene Streckenführung durch Hessen
12 wird nunmehr bei deutlich umfangreicheren Leitungsbündeln (3 x 3 auf gut 40
13 Metern Breite dauerhaft und 70 Metern Breite während der Bauzeit) als einziges
14 Trassenangebot dargestellt.

15 5. Der Ausschluss von Freileitungen, damit eine Erdverkabelung ist in Regionen mit
16 vielfachen Taleinschnitten und großen Waldgebieten, ist schlicht unvernünftig.

17 6. Daher wird die Hessische Landesregierung ermuntert, sich an und in diesem
18 Prozess im genannten Sinne zielführend einzubringen.

19 7. Darüber hinaus fordert der SPD-Landesparteitag endlich eine angemessene
20 Kompensation für die massive dauerhafte Inanspruchnahme des Landes. Es ist
21 unerlässlich, dass die betroffenen Kommunen und Grundstückseigentümer auch eine
22 angemessene Verzinsung und Entgelte für die Nutzung ihres Bodens erhalten!

Begründung

Die am 6. Februar 2024 der Öffentlichkeit bekannt gewordene, von StromNetzDC beabsichtigte Trassenführung für die zusätzlichen HGÜ-Starkstromleitungen nach Süddeutschland ist nicht realisierbar. Die Raumwiderstände sind eindeutig viel zu hoch.

Dies haben die vielen Einwendungen von Städten, Gemeinden und dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg deutlich gemacht.

Offensichtlich fanden diese aber keinerlei Widerhall bei den bisherigen Planungen.

Dies ist eine unannehmbare Ignoranz den politisch Verantwortlichen vor Ort gegenüber und ein Dilettantismus, der nicht hinnehmbar ist.

Die Region ist nicht gewillt, sich dies gefallen zu lassen nur, damit die völlig verfehlte Energiepolitik

Bayerns und Baden-Württembergs kompensiert werden kann. Zudem benötigt Hessen derzeit mit gut 40 TWh Jahresverbrauch elektrischer Energie, bei Eigenproduktion von rund 20 TWh eine gewaltige Ausweitung der eigenen Kapazitäten. Eine große Aufgabe für die neue Landesregierung. Die Energiewende in Hessen muss endlich auch auf Regierungsseite angenommen werden.

Antrag INI04: Genehmigungsverfahren zur HGÜ-Trasse SüdWestLink (DC 42) und NordWestLink (DC 41) durch Hessen muss verändert werden!

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirksvorstand Hersfeld-Rotenburg
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 Der SPD-Landesparteitag fordert die Landes- und Bundesregierung dazu auf, sich für
4 grundlegende Änderungen im Genehmigungsverfahren der HGÜ-Starkstromtrassen
5 einzusetzen.

6 Insbesondere muss der milliardeneuroschweren Netzbetreiberindustrie abverlangt
7 werden, mit qualifizierten Unterlagen in das Verfahren zu gehen.

8 Zudem muss gewährleistet werden, dass die durch die Kommunen geleistete Arbeiten für
9 die privatwirtschaftlichen Projektierer und die Bundesnetzagentur angemessen zu
10 vergüten sind! Es kann nicht sein, dass der Bund mit seiner Behörde Bundesnetzagentur
11 für die Genehmigung stattliche Beträge erhalten wird, die Kommunen für ihre
12 substantielle Kompetenz leer ausgehen werden (Konnexitätsprinzip!).

Begründung

Der offenbar beabsichtigten Praxis, den Kommunen, die von den geplanten Trassenführungen betroffen sind, nun auch noch durch die Hintertür eine Prüfung der Verträglichkeit der von ihnen selbst zu erleidenden Trassenführungen auf eigene Kosten abzuverlangen, ist ein Riegel vorzuschieben.

Hintergrund ist die Planungsbeschleunigung beim Bau von Infrastrukturmaßnahmen wie beispielsweise den HGÜ-Leitungen DC 41 und DC 42 durch Hessen. Durch den Wegfall der Umweltverträglichkeitsprüfungen im Verfahren planen die Projektierer bereits Trassenvorschläge offenbar ohne zu wissen, welche Raumwiderstände es gibt. Diese sollen dann die Kommunen im laufenden Verfahren einarbeiten und damit kostenlos die Arbeit der Projektierer und der Bundesnetzagentur übernehmen. Einmal mehr ein klarer Fall von „Oben wird's entschieden und unten wird's bezahlt“.

Und das alles nur, weil eine in Energiefragen völlig unfähige Bayerische Staatsregierung nicht in der Lage ist, ihren Verpflichtungen anlässlich der Energiewende hin zu erneuerbaren Energien und weg von fossilen Brennstoffen nachzukommen.

Antrag INI05 : Resolution für den Landesparteitag: Vielfalt und Zusammenhalt in Hessen – Brandmauer gegen Rechts für Demokratie

Antragsteller*in:	Landesvorstand SPD Hessen
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme und Weiterleitung SPD-Landtagsfraktion
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge

Die Zuwanderung ist ein fester Bestandteil hessischer Identität. Die Vielfalt und Offenheit Hessens bereichern sowohl unsere Gesellschaft als auch den Wirtschaftsstandort des Landes. Die Infrastruktur wurde in Zusammenarbeit mit Gasterbeiter:innen aufgebaut, und wichtige Bereiche wie Gastronomie, Handwerk, Pflege und Landwirtschaft könnten ohne die Beiträge von zugewanderten Hess:innen nicht funktionieren. Der Flughafen Frankfurt macht das Rhein-Main-Gebiet zu einem zentralen Verkehrskreuz für den internationalen Austausch und zieht internationale Investor*innen und Gründer*innen an. Um Hessen attraktiv für Investitionen zu halten, ist es entscheidend, die Offenheit und Vielfalt aktiv zu fördern und zu bewahren. Die Wirtschaftskraft des Landes kann nur weiter ausgebaut werden, wenn Menschen mit Migrationshintergrund sich hier willkommen fühlen und wir konsequent gegen Rassismus und Diskriminierung vorgehen.

Schon Georg August Zinn betonte mit seinem Zitat „Hesse ist, wer Hesse sein will“ diese Offenheit – für uns Sozialdemokrat:innen bedeutet dies gleiche Chancen für alle zu schaffen, die nach Hessen kommen und konstruktiv an der Gestaltung unseres Landes teilhaben wollen.

Der bundesweite Rechtsruck gefährdet unsere Demokratie, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch die wirtschaftliche Stärke. In Hessen ist eine rechtsextreme Partei zur zweitstärksten Kraft und stärkste Oppositionspartei gewählt worden. Gleichzeitig erleben wir derzeit in Deutschland eine einmalige, ermutigende Bewegung gegen Rechts und für die Demokratie: Es finden die größten Demonstrationswellen der deutschen Nachkriegszeit statt und es wird klar – die Mehrheit der Deutschen hat aus der Geschichte gelernt und will nicht zurück nach 1933. Die hessische SPD ist stets Teil dieser Bewegung und Demonstrationen und begrüßt das Engagement gegen Rechts und für die Demokratie außerordentlich.

Innerhalb der Koalition bauen wir auf die gemeinsame Brandmauer mit der CDU und schließen die Reihen der demokratischen Parteien gegen die AfD.

In der DNA der Sozialdemokratie ist der Kampf gegen den Rechtsextremismus tief verankert. Sozialdemokrat:innen waren die letzte Bastion im Reichstag vor Abschaffung der Demokratie 1933, als Otto Wels die Standhaftigkeit der SPD mit den Worten „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“ festmauerte.

36

37 Die deutsche Sozialdemokratie der Nachkriegszeit wurde von durch die Nazis Verfolgten
38 und Widerstandskämpfer:innen geprägt. Auch durch seine Erfahrung im
39 Nationalsozialismus war für Willy Brandt die Stärkung der Demokratie die oberste
40 Priorität seiner Politik.

41

42 Die Demokratie ist dann stark, wenn sich alle gesellschaftlichen Gruppen einbezogen
43 fühlen, wenn es wenig Ungleichheit und prekäre Lebenssituationen gibt. Deshalb gehört
44 es für uns zur Stärkung der Demokratie ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Das
45 bedeutet einerseits das Versprechen gleiche Bildungschancen für alle umzusetzen, die
46 Daseinsvorsorge so zu stärken, dass sich alle Menschen eine Wohnung, die
47 Stromrechnung und Mobilität leisten können, dass es genug Arztpraxen und
48 Krankenhäuser gibt und Vermögen so besteuert wird, dass der Grundsatz „Eigentum
49 verpflichtet“ auch ernst genommen wird und alle von der Wirtschaftsstärke unseres
50 Landes profitieren.

51 Demokratie muss auch gelernt werden. Die Demokratieförderung ist für uns deshalb
52 Priorität.

53 Nur so schaffen wir eine Gesellschaft des Zusammenhalts und geben der AfD keine
54 Chance Menschen in prekären Verhältnissen gegen geflüchtete Menschen auszuspielen.

55

56 Die AfD will das Gegenteil: Sie ist keine Partei der Arbeiter:innen und der Mitte der
57 Gesellschaft. Die Politik der AfD macht arme Menschen noch ärmer, zerstört den
58 gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Hass und Hetze und schwächt durch ihre
59 Abschottungsprogrammatik die deutsche Wirtschaft massiv.

60

61 Als SPD Hessen machen wir deutlich: Wir stehen Seit an Seit mit den Menschen, die die
62 AfD angreift und deportieren will. Wir stehen solidarisch mit unseren Mitbürger:innen
63 mit Migrationsgeschichte. Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl und bieten Menschen, die
64 vor Krieg und politischer Verfolgung Schutz suchen, die Chance auf ein Leben in
65 Frieden – so wie es unsere von den Nazis verfolgten Genoss:innen erfahren haben.

66

67 Wir stehen für ein Hessen, das seine Stärke aus dem Zusammenhalt, aus der Vielfalt
68 und dem demokratischen Austausch zieht. Wir sind die Brandmauer, wir halten Stellung.

Antrag INI06: Mit Haltung und Gestaltungswillen regieren - Für mehr Respekt und Gerechtigkeit in Hessen

Antragsteller*in:	Landesvorstand SPD Hessen
Status:	angenommen
Antragsprüfungskommission:	Annahme und Weiterleitung SPD-Landtagsfraktion
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge

1 Die hessische Sozialdemokratie hat bei der vergangenen Landtagswahl ein historisch
2 schlechtes Wahlergebnis erzielt. Die Gründe hierfür sind vielfältig und werden, wie
3 angekündigt, schonungslos aufgearbeitet. Die Hessen SPD stellt sich personell und
4 inhaltlich neu auf. Wir haben gelernt und wollen durch gute Arbeit für die Hessinnen
5 und Hessen wieder Vertrauen gewinnen.

6 Nach nunmehr 25 Jahren auf der Oppositionsbank haben wir in der neuen Hessischen
7 Landesregierung aus CDU und SPD Verantwortung übernommen. Regieren ist kein
8 Selbstzweck. Wir wollen soziale Politik für die Menschen machen und Sicherheit in
9 unsicheren Zeiten schaffen. Wir werden Haltung zeigen in den großen Fragen und die
10 Alltagsprobleme der Menschen mit Empathie, Entschlossenheit und einer gesunden
11 Portion Pragmatismus angehen.

12 Unser sozialdemokratischer Wertekompass leitet uns auch bei den schwierigen
13 Kompromissen, die es in unserer Demokratie braucht. Gerade in diesen Zeiten gilt es
14 deutlich zu machen: Kompromisse sind etwas Gutes. Und es gibt zum demokratischen
15 Aushandlungsprozess zwischen unterschiedlichen Meinungen und Interessen keine
16 Alternative, die mit Frieden und Freiheit vereinbar ist.

17

18 **Demokratie verteidigen**

19 Zehntausende von Hessinnen und Hessen sind in den letzten Wochen auf die Straßen
20 gegangen, um für ein vielfältiges und demokratisches Hessen einzutreten. Das ist
21 ermutigend. Während die einen wieder Deportationspläne schmieden, werden wir die
22 Stärke der Vielfalt hervorheben. Die Hessinnen und Hessen sehen, dass ihr Einsatz und
23 ihr Engagement Wirkung zeigen.

24 In der Hessischen SPD haben alle, die sich Zusammenhalt und Gerechtigkeit wünschen,
25 die für sozialen Fortschritt und eine starke Demokratie eintreten, immer einen Platz
26 und einen strategischen Partner. Die Vielfalt hat unser Hessen stark und lebendig
27 gemacht: Gesellschaftlich, kulturell und wirtschaftlich. Wer die Axt an diese
28 Errungenschaften legt, wird in der Hessischen SPD immer einen entschiedenen Gegner
29 finden. Als älteste und größte demokratische Partei in Hessen sind wir das Bollwerk
30 gegen die Feinde der Demokratie.

31 Aus den Demonstrationen muss nun etwas folgen: Wir wollen uns in der
32 Regierungsverantwortung für mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und den Schutz
33 demokratischer Institutionen einsetzen und den Kampf gegen Antisemitismus und
34 Rechtsextremismus mit aller Kraft führen. Die Landesregierung wird im Rahmen ihres
35 Sofortprogramms die Stelle des Antisemitismusbeauftragten stärken und die
36 Demokratieforschung besser aufstellen. Das sind zwei konkrete Maßnahmen, die unsere
37 grundsätzliche Haltung und Prioritätensetzung verdeutlichen.

38

39 **Wohlstand sichern**

40 Um unsere Gesellschaft zusammenzuhalten, müssen wir aber vor allem Gründe zur
41 Zuversicht in eine bessere Zukunft geben. Wir haben unter schwierigen
42 wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Regierungsverantwortung übernommen. Umso mehr
43 kommt es jetzt auf uns an. Wir wollen Beschäftigung und Wertschöpfung in Hessen
44 sichern. Dafür müssen wir den Wirtschaftsstandort Hessen attraktiver machen, Arbeits-
45 und Fachkräfte für Hessen gewinnen und an Hessen binden und dafür sorgen, dass die
46 Beschäftigten vom Aufschwung, den wir gemeinsam erreichen wollen, stärker
47 profitieren. Denn starke Wirtschaft und gute Arbeit sind für uns zwei Seiten einer
48 Medaille.

49 So werden wir etwa Bauvorschriften entschlacken, um die Baukosten zu dämpfen und den
50 Wohnungsbau anzukurbeln. Mit einem Hessengeld wollen wir zur Überbrückung einer
51 großen Grunderwerbsteuerreform den Traum von den eigenen vier Wänden realistischer
52 machen. Für die Bauwirtschaft sind diese Maßnahmen zugleich das Signal: Wir wollen in
53 Hessen bauen. Das sind die Impulse, die unsere Wirtschaft jetzt braucht.

54 Innovationen und neue Technologien müssen in Hessen eine Heimat haben. Das ist, was
55 aus der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen folgt. Und es ist zugleich
56 der Schlüssel für zukunftsfähige Wertschöpfung made in Hessen und die Sicherung
57 unseres Wohlstandes. Klimaschutz braucht Innovation und Innovation schafft
58 Arbeitsplätze. Die Modernisierung der Wirtschaft wird nicht ohne öffentliche
59 Unterstützung gelingen. Andere Industrienationen buhlen um ihre Unternehmen. Wir
60 müssen deutlich machen, dass wir produzierendes Gewerbe in Hessen wollen. Mit dem
61 Hessenfonds und zwei starken Säulen für Innovation und Transformation wollen wir eine
62 Förderlandschaft errichten, die konkurrenzfähig ist und die Grundlage für eine gute
63 Zukunft schafft.

64 Der Aufschwung, an dem wir arbeiten, muss ein Aufschwung für alle sein. Eine hohe
65 Tarifbindung stärkt die Soziale Marktwirtschaft, schafft einen fairen Ausgleich
66 zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und wirkt dem Fachkräftemangel entgegen. Wir
67 wollen daher Tarifbindung in Hessen steigern und die Sozialpartnerschaft stärken.
68 Gute Leistungen müssen gut bezahlt werden. Deswegen werden wir das Hessische Vergabe-
69 und Tariftreuegesetz zu einem Gesetz reformieren, das seinen Namen verdient.
70 Tariflöhne müssen die Richtschnur für die Vergabe öffentlicher Aufträge werden.
71 Dieses Projekt gehen wir zeitnah mit den Sozialpartnern an.

72

73 **Chancen fair verteilen**

74 Jeder Mensch wird mit den gleichen Rechten geboren. Jeder Mensch hat die gleichen
75 Chancen verdient. Der Aufstieg durch Bildung ist eng mit der Historie der SPD
76 verbunden. Die Einführung des Bafög gehört zu den größten Errungenschaften der
77 Sozialdemokratie. An diese Tradition wollen wir in Hessen anknüpfen. Dafür braucht es
78 einen bedarfsgerechten Ausbau von Kita-Plätzen und die Stärkung schulischer
79 Bildungschancen. Eine Gesellschaft, deren Zukunft in den Köpfen junger Menschen
80 liegt, muss sich an seinen Schulabbrecherquoten messen lassen. Kein Kind darf
81 zurückgelassen werden.

82 Der Grundstein für Bildungskarrieren wird früh gelegt. Deswegen wird die hessische

SPD ihren Fokus auf die frühkindliche Bildung legen. Im Rahmen des Sofortprogramms der Landesregierung verdoppeln wir die Stellen für die praxisintegrierte, vergütete Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Mit diesem Schritt machen wir den Erzieherberuf attraktiver und schaffen für mehr Kinder ein gutes Angebot. Gut versorgte Kinder in den Kitas sind zugleich ein Hebel für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für das Binden von Arbeits- und Fachkräften an unsere Region. Die besten Kräfte müssen in Hessen einen Platz finden. Sie brauchen bezahlbare Wohnungen und gute Kitas für ihre Kinder. Sie verdienen Respekt und Wertschätzung für ihre Leistungen. Deswegen räumen wir im Rahmen des Sofortprogramms der Landesregierung mit einer Ungerechtigkeit auf. Der Meister wird kostenfrei. Damit lösen wir das Versprechen ein, dass auch die weiterführende berufliche Bildung nicht vom Geldbeutel abhängen darf. Wir wollen in kluge Köpfe investieren. Denn das sind nachhaltige Investitionen. Bildung, Qualifizierung und Forschung stärken die Zukunftschancen aller Generation. Wir setzen uns für eine qualitativ hochwertige Bildungs- und Qualifizierungspolitik ein, die allen Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen und älteren Menschen Möglichkeiten bietet, von der neuen, digitalisierten Arbeitswelt zu profitieren. Unsere Welt wird sich wandeln. Gute Bildungs- und lebensbegleitende Weiterqualifizierung wird allen die Chance geben, an dieser Welt teilzuhaben. Um eine Zukunft aus guten Schulen und Bildungseinrichtungen zu vererben, muss jetzt investiert werden. Die Spielräume dafür wollen wir gemeinsam schaffen.

Ein neues Miteinander schaffen

Diese Politik werden wir nicht allein machen. Wir werden sie insbesondere mit dem Koalitionspartner realisieren. Zwischen der Hessischen CDU unter dem Ministerpräsidenten Boris Rhein und uns ist in den letzten Monaten viel Vertrauen gewachsen. Die gemeinsamen Vereinbarungen werden wir verlässlich und partnerschaftlich umsetzen. Darauf können sich die Hessinnen und Hessen verlassen. Wir werden uns aber auch um ein gutes Verhältnis zu den demokratischen Oppositionsparteien bemühen. Gerade in diesen Zeiten muss klar sein: Wir sind in den Farben getrennt, aber in unserer Verpflichtung gegenüber unserer Demokratie vereint. Vor allem werden wir aber den Dialog zu unseren zivilgesellschaftlichen Partnern, insbesondere den Gewerkschaften, suchen. Wir sind überzeugt, dass gemeinsame Anstrengungen zur Gestaltung einer gerechten und lebenswerten Zukunft zu einer besseren Politik führen. Dafür wollen wir ein neues Miteinander schaffen. So wollen wir etwa den Industriedialog aufwerten und die Allianz für Wohnen zu einem echten Bündnis ausbauen. Denn wir sind überzeugt, dass gute Politik sich nicht von oben herab machen lässt. Große Herausforderungen brauchen strategische Partnerschaften zwischen Politik und Zivilgesellschaft und Gespräche auf Augenhöhe. Diese werden wir in den SPD-geführten Ministerien ermöglichen.

Hinweis:

Die Anträge F3 – F5 sowie alle Anträge der Blöcke I, L und N wurden aus Zeitgründen zur Beratung in den Landesparteirat der SPD Hessen überwiesen.